

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bezirksverband Nordhessen

|  |   |
|--|---|
| Bezirksdelegiertenversammlung 14. Mai 2019<br>Stadthalle Melsungen | <b>Beschluss DS 30</b><br><b>Repression in Deutschland und</b><br><b>Europa</b> |
|--|---|

## **Zunehmendes Klima der Repression in Deutschland und Europa**

unter dem Paradigma

des „präventiven Sicherheitsstaates“, der „drohenden Gefahr“.

- Neue Polizeigesetze in Bayern, NRW und Brandenburg
- Anwendung von Präventivhaft gegen Klimaschützer im Hambacher Forst und in Brandenburg
- G20 Prozesse in Hamburg: Haft ohne Tatvorwurf
- Die Teilung der Gewalten und damit eine Errungenschaft von 1789 in Gefahr?

Auf der heutigen Bezirksdelegiertenversammlung der GEW-Nordhessen haben die Delegierten mit großer Empörung Informationen über das hessische Verfassungsschutzgesetz erhalten. Danach gibt es die Möglichkeit Bewerber\*innen für den Staatsdienst durch den Verfassungsschutz zu überprüfen.

Die Delegierten sehen dieses Gesetz in einer Reihe mit zunehmenden Einschränkungen rechtsstaatlicher Prinzipien in anderen Bundesländern und auf europäischer Ebene. Der Bezirksvorstand (BV) wird beauftragt in der kommenden Periode des BV Maßnahmen zu erarbeiten, die dieser Entwicklung entgegenstehen. Dazu wird er sich auch mit anderen europäischen Gewerkschaften verständigen, um gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu finden. Das gilt auch für derzeit Betroffene aus dem Widerstand gegen Naturvernichtung und ungerechte Weltwirtschaftsverhältnisse.

Die BDV sieht es als notwendig an, dieses Thema in den Gewerkschaften stärker zu verankern, weil Menschen- und Bürgerrechte nicht von gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit zu trennen sind.

Zu diesem Zweck unterstützt die BDV das Vorhaben einer Bestandsaufnahme auf

- deutscher und
- europäischer Ebene.

In einem **ersten Schritt** wollen wir mit schon jetzt von dem neuen Paradigma Betroffenen in **Deutschland** ins Gespräch kommen und gemeinsame Forderungen formulieren.

Der „präventive Sicherheitsstaat“ ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem.

In einem **zweiten Schritt** wollen wir exemplarisch Kolleg\*innen befreundeter Gewerkschaften aus **Griechenland und Frankreich**, mit denen uns eine langjährige Zusammenarbeit verbindet, zu einem Erfahrungsaustausch einladen.

Die Ergebnisse beider Bestandsaufnahmen sollen dazu verwendet werden, das Thema bei unseren Schwestergewerkschaften stärker zu verankern und gesellschaftliche Bündnisse

#### **zur Verteidigung**

- **der Menschen- und Bürgerrechte,**
- **der vollen gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit und**
- **der gesellschaftlichen Errungenschaften seit der französischen Revolution von 1789**

zu schließen.

***Liberté ! Égalité ! Fraternité !***

***Nous ne céderons pas à la répression !***

***(Wir weichen der Repression nicht!)***